

21. Juni 2008

Sexuelle Gewalt in Kriegen soll bestraft werden

GENÈVE. Der UN-Sicherheitsrat hat ein Ende der sexuellen Gewalt gegen Frauen und Mädchen in bewaffneten Konflikten gefordert und den Verantwortlichen für derartige Verbrechen mit strafrechtlicher Verfolgung gedroht. Human Rights Watch sowie andere Menschen- und Frauenrechtsorganisationen sprachen angesichts des weitverbreiteten und systematischen Einsatzes sexueller Gewalt als Kriegswaffe von einer historischen, seit langem überfälligen Entscheidung.

In der am Donnerstagabend einstimmig verabschiedeten Resolution 1820 fordert der Sicherheitsrat alle Kriegs- und Konfliktparteien auf, "sofort jede Form von sexueller Gewalt gegen Frauen und Mädchen vollständig einzustellen und Maßnahmen zu deren Schutz zu ergreifen". Der Rat behält sich angemessene Maßnahmen zur Prävention vor sexueller Gewalt vor. Ausdrücklich weist der Rat darauf hin, dass Vergewaltigungen und andere Formen sexueller Gewalt als Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschheit oder als Bestandteil von Völkermord geahndet werden können.

Täter könnten in Den Haag

vor Gericht gestellt werden

Damit kündigt der Rat zumindest indirekt an, mutmaßliche Täter künftig vor den für diese Verbrechen zuständigen Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag zu bringen. Der IStGH sowie die beiden UN-Sondertribunale für das ehemalige Jugoslawien und für Ruanda haben seit 1998 in einigen bahnbrechenden Urteilen erstmals in der Völkerrechtsgeschichte Täter wegen Vergewaltigung in kriegerischen Konflikten verurteilt. UN-Generalsekretär Ban Ki Moon wird aufgefordert, dem Rat bis Ende Juni 2009 einen Bericht vorzulegen zur Umsetzung der Resolution. Zu den betroffenen Ländern gehören die westsudanesische Provinz Darfur, Birma, Liberia und die Demokratische Republik Kongo – Konfliktgebiete, aus denen zahlreiche aktuelle Berichte vorliegen über den systematischen Einsatz sexueller Gewalt als Kriegswaffe.

Die Resolution befasst sich auch mit sexuellen Übergriffen durch UN-Blauhelmsoldaten. Trotz der 2005 verkündeten Politik der Nulltoleranz hat es bei mehreren UN-Missionen sexuelle Übergriffe durch Blauhelmsoldaten gegeben.

Autor: Andreas Zumach

